

# Kreistag des Landkreises Altenburger Land

## Niederschrift

KT/021/2017

der 21. Sitzung des Kreistages des Landkreises Altenburger Land – **öffentlicher Teil** -  
am Mittwoch, dem 15.03.2017, im Landratsamt Altenburger Land, Lindenaustraße 9,  
04600 Altenburg, Landschaftssaal

---

### Anwesenheit:

#### Landrätin

Sojka, Michaela

#### Fraktion CDU

Greunke, Marcel

Gumprecht, Christian

Horny, Hans-Joachim Dr.

Hummel, Thomas

Melzer, Uwe

Nündel, Thomas

Reinboth, Gerd

Ronneburger, Jürgen

Tanzmann, Frank

Ungvari, Johannes

Zippel, Christoph

#### Fraktion SPD

Große, Claudia

Helbig, Carsten

Läbe, Hendrik

Prehl, Ingo

Schemmel, Volker

Scholz, Wolfgang

Schrade, Sven

Schubert, Hartmut Dr.

ab 17:06 Uhr

Schwerd, Dirk

Stange, Steffen

Wolf, Michael

#### Fraktion Die Linke.Altenburger Land

Bergner, Peter

Börngen, Klaus

Burkhardt, Bernd

Dütsch, Brigitte

Eißing, Mandy

Fischer, Annette

Hübschmann, Klaus

Keller, Katja

Klaubert, Jana

Plötner, Ralf

Tempel, Frank

ab 17:08 Uhr

Fraktion Die Regionalen

Bugar, Hans-Peter  
Schleicher, Wolfgang  
Ulich, Antje

ab 17:10 Uhr

Fraktionslos

Backmann-Eichhorn, Kathrin

FDP (fraktionslos)

Heitsch, Hans-Jürgen  
Hermann, Rolf

Fachbereichsleiter

Nowosatko, Dirk  
Seiler, Birgit  
Wenzlau, Bernd

in Vertretung für Herrn Thieme

Fachdienstleiter

Gerth, Andrea  
Heiner, Jens  
Hertling, Marion  
Kopplin, Wolfgang  
Lorenz, Ralph  
Maas, Janett

Schriftführung

Gabler, Kerstin  
Kamprad, Katleen

weitere Teilnehmer

Bieber, Ivy  
Eichhorn, Angelika  
Ohme, Alexander  
Rausche, Renate  
Schmitt, Frank  
Siegel, Karsten  
Weiß, Torsten

sowie Fachdienstleiter und weitere Mitarbeiter des Landratsamtes, Vertreter der Presse und weitere Zuhörer.

**Entschuldigt fehlen:**

Fraktion CDU

Golder, Barbara  
Lorenz, Kathrin

Fraktion Die Linke.Aaltenburger Land

Fache, Sabine

Fraktion Die Regionalen

Kühn, Steffen  
Liefänder, Klaus-Peter  
Reimann, Thomas

hauptamtl. Beigeordneter  
Bergmann, Matthias

**Unentschuldigt fehlen:**

Fraktion CDU  
Neumann, Andre

**Vorsitz:** Christian Gumprecht  
**Schriftführung:** Kerstin Gabler, Katleen Kamprad  
**Beginn der Sitzung:** 17:03 Uhr  
**Ende der Sitzung:** 17:55 Uhr

**Verlauf der Sitzung:**

Der Vorsitzende, Christian Gumprecht, eröffnet die 21. Sitzung des Kreistages und begrüßt die Anwesenden. Er stellt fest, dass die Mitglieder ordnungsgemäß geladen wurden und Beschlussfähigkeit besteht. Die nachfolgende Tagesordnung wird einstimmig bestätigt.

**Tagesordnung:****Drucksachen Nr.**

- |     |                                                                                                                                                                                                              |                 |
|-----|--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|-----------------|
| 1   | Einwohnerfragestunde                                                                                                                                                                                         |                 |
| 2   | Genehmigung der Niederschrift über die 20. Sitzung vom 01.02.2017                                                                                                                                            |                 |
| 3   | Verschiedenes                                                                                                                                                                                                |                 |
| 3.1 | Informationen der Landrätin                                                                                                                                                                                  |                 |
| 3.2 | Anfragen aus dem Kreistag                                                                                                                                                                                    |                 |
| 4   | Haushaltssatzung und Haushaltsplan des Landkreises Altenburger Land für das Haushaltsjahr 2017                                                                                                               | KT-DS/0209/2017 |
| 5   | Finanzplan des Landkreises Altenburger Land für die Haushaltsjahre 2016 bis 2020                                                                                                                             | KT-DS/0210/2017 |
| 6   | Übertragung der Entscheidungskompetenz für die Vergabe des Loses Rohbau/Maurerarbeiten/Betonarbeiten Erweiterungsbau am Staatlichen Roman-Herzog-Gymnasium in Schmölln                                       | KT-DS/0208/2017 |
| 7   | Übertragung der Entscheidungskompetenz für die Vergabe der Gemeinschaftsmaßnahme zur Erneuerung der Kreisstraße K 86 in der Ortsdurchfahrt Rositz von Ortseingang aus Richtung Zechau bis Bahnübergang DB AG | KT-DS/0211/2017 |

**TOP 1 Einwohnerfragestunde**

Von den anwesenden Gästen und Bürgern werden keine Fragen gestellt.

**TOP 2 Genehmigung der Niederschrift über die 20. Sitzung vom 01.02.2017**

Die o. g. Niederschrift wird mit 33 Ja-Stimmen bei 2 Stimmenthaltungen bestätigt.

**TOP 3 Verschiedenes****TOP 3.1 Informationen der Landrätin**

Die Landrätin äußert, sie freue sich, dass viele Mitglieder des Kreistages in Rositz bei „Jugend forscht – Schüler experimentieren“ anwesend waren. Sie bedankt sich – auch im Namen der Mitglieder des Kreistages – bei allen Sponsoren, Helferinnen und Helfern, beim neuen Wirtschaftsverein WAMM e. V. sowie dem Patenbeauftragten Heinz Teichmann und dem Wettbewerbsleiter Dirk Heyer.

Sie informiert weiter, dass der Flyer zum 3. Mitteldeutschen Wissensforum in den Mappen der Kreistagsmitglieder ausliegt. Den Preisträgern von „Jugend forscht – Schüler experimentieren“ wird angeboten, an der Veranstaltung teilzunehmen.

Dem Landratsamt liegt eine Einladung des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur vor, um direkt aus den Händen von Bundesverkehrsminister Dobrindt in der nächsten Woche die Fördermittelbescheide für den Breitbandausbau entgegenzunehmen. 13,3 Millionen Euro waren beantragt worden. Die Höhe der tatsächlichen Fördermittelsumme sei aber noch nicht bekannt. Die Landrätin rechne aber damit, dass der Landkreis mindestens 60 % vom Bund erhält; 30 % lege das Land obendrauf; 10 % müssen von den Kommunen aufgebracht werden. Wenn der Fördermittelbescheid vorliegt, werde in die Ausschreibung gegangen und dann könne die Höhe der tatsächlichen Kosten ermittelt werden.

**TOP 3.2 Anfragen aus dem Kreistag**

Der Vorsitzende ruft o. g. Tagesordnungspunkt auf. Fragen werden von den Mitgliedern des Kreistages keine gestellt; schriftliche Anfragen liegen ebenfalls keine vor.

**KT-DS/0209/2017****TOP 4 Haushaltssatzung und Haushaltsplan des Landkreises Altenburger Land  
das Haushaltsjahr 2017**

Der Vorsitzende ruft die o. g. Kreistagsdrucksache auf und übergibt das Wort an die Landrätin. Diese bedankt sich vor allem bei ihren Mitarbeitern in der Kämmerei unter Verantwortung des Vizelandrates, dass es nach dem Stopp des Doppel-HH im Dezember in Rekordzeit gelungen ist, einen verantwortbaren Einzel-HH vorzulegen. Ferner bedankt sie sich bei all den Mitgliedern des Kreistages, die in den Ausschüssen an einem Konsens gearbeitet haben, so dass der HH 2017 hoffentlich beschlossen wird.

Es sei bekannt, dass zwischenzeitlich die Urteilsbegründung für das Bleicheroder Urteil vorliegt. Auch wenn noch nicht bekannt ist, wie sich die Anhörungspraxis gestalten soll, habe die Verwaltung versucht, die Urteilsbegründung zum Verfahrensgegenstand zum Erlass der HH-Satzung zu machen. Die Gemeinden seien mit der Höchstsumme der Belastungsgrenze angeschrieben, informiert und um Stellungnahme gebeten worden. Eine Übersicht über die Rückäußerung der Gemeinden liegt in den Mappen der KT-Mitglieder zur Einsichtnahme aus, so dass diese mit in die Wertung einbezogen werden können.

Sie ergänzt, dass alle Bürgermeister eingeladen waren und mit vielen Bürgermeistern Einzelgespräche geführt wurden.

Der Vorsitzende fragt nach den Statements der Fraktionen. Er übergibt das Wort an den Vorsitzenden der CDU-Fraktion, Herrn Melzer. Dieser nimmt vorweg, dass das Ergebnis der stattgefundenen Beratungen – der heute vorliegende HH 2017 – von den Mitgliedern der CDU-Fraktion zum größten Teil akzeptiert werde. Lobenswert dabei sei, dass bei den Aufgaben, die den übertragenen Wirkungskreis betreffen, was u. a. die Ausfinanzierung der Flüchtlingsproblematik insgesamt betrifft, weitestgehend eine schwarze Null geschrieben wird. Er spricht die Begründung zu dem Bleicheroder Urteil an, welches die Argumentation der Kommunen in der Vergangenheit bezüglich der Mindestfinanzausstattung der kreisangehörigen Gemeinden bestätigt, ebenso das ausgewogene Miteinander von Kreis und Gemeinden, welches immer wieder eingefordert worden sei. Durch das Urteil werde auch diese Verfahrensweise bestätigt.

In den politischen Debatten sei bis jetzt immer – ohne wirkliche Nachweise der Finanzausstattung der Gemeinden – um eine niedrige Kreisumlage gekämpft worden. Mit der Rechtskraft des Urteils seien künftig andere Nachweise betreffs der Finanzausstattung der Gemeinden durch den Kreis zu erbringen. Natürlich müsste auch vom Landesgesetzgeber eine Verfahrensweise vorgegeben werden, wie das Ganze von statten gehen soll.

Die Forderung, einen Einzel-HH 2017 aufzustellen, sehe die CDU-Fraktion nach wie vor als die richtige an. Der Blick auf die kurze Zeitspanne vom 21.12. bis zu den ersten Beratungen zeige, wie riskant vor allem der 2017er Teil des Doppel-HH war. Im Vergleich zum Entwurf des Doppel-HH 2017/18 betrage der Aufwuchs an Kreisumlage ca. 1,1 Mill. Euro. Die jetzige Erhöhung von ca. 666 TEuro stelle den Aufwuchs im Vergleich zum 2016er HH dar.

Dies zeige, dass richtig gehandelt worden ist. Insgesamt erkenne die CDU-Fraktion die Bemühungen der Kreisverwaltung bei der HH-Aufstellung an und werde dem Entwurf zustimmen. Bei den künftigen HH-Planungen müsse aber noch genauer auf die Handlungsfähigkeit der kreisangehörigen Kommunen geachtet werden. Dies gebe dann sicherlich das Urteil und die Handlungsweise des Landes vor.

Herr Plötner ergreift das Wort und führt aus, dass wie in jedem Jahr die Höhe der Kreisumlage im Focus der Debatte stand. Nachdem die einmalige Chance auf eine Senkung der Kreisumlage mit der Ablehnung des Doppel-HH im Dezember vertan worden war, steige jetzt die Kreisumlage im vorliegenden Einzel-HH leider wieder an und belaste damit die kommunalen Haushalte erneut. Daher sei klar, dass der Doppel-HH kein Fehler war. „Es war ein Fehler, diesen im Dezember nicht beschlossen zu haben. Dann hätten die Kommunen von einer Kreisumlagesenkung profitiert und alle wären dabei, ihre Haushalte umzusetzen“, so Herr Plötner.

Er kommt auf den HH-Plan 2017 zu sprechen. Eine Steigerung der Kreisumlage sei nicht zu umgehen gewesen, konnte aber mit ca. 666 TEuro moderat gehalten werden. Dazu hätten nicht zuletzt die intensiven Beratungen der letzten Wochen beigetragen. Bei diesem Prozess könne der Kreisverwaltung mit der Landrätin an der Spitze bescheinigt werden, dass sie in offensiver und konstruktiver Zusammenarbeit fraktionsübergreifend die Vorschläge und Anregungen aufgegriffen und kreativ umgesetzt hat. Mit dem vorliegenden HH können wichtige und zukunftsorientierte Investitionen getätigt und angeschoben werden, insbesondere die Vorhaben im Lindenau-Museum, im Landestheater, im Schulbereich, im Klinikum und nicht zuletzt im Straßenbaubereich.

Neue Anforderungen an den Prozess der HH-Erarbeitung habe das bereits thematisierte Bleicheroder Urteil dargestellt. Herausgekommen sei ein Paradigmenwechsel der Rechtsprechung, wenn es um die verfassungsgegebene kommunale Selbstverwaltung geht.

Das Urteil verlange, dass alle Gemeinden zur geplanten Höhe der Kreisumlage anzuhören sind und nicht durch unbegründet hohe Belastungen in ihrer kommunalen Selbstverwaltung behindert werden. Die Kreisverwaltung habe diese Anhörung zeitgleich mit den laufenden HH-Beratungen durchgeführt. Im Ergebnis zeige es, dass keine Gemeinde des Landkreises stichhaltige Gründe vorgetragen hat, die gegen die genannte Erhöhung der Kreisumlage sprechen. Eine Klage gegen den Landkreis wegen der im HH festgesetzten Kreisumlage sei daher nicht zu erwarten.

Neben der Kreisumlage habe auch die Diskussion um die angefallenen Kosten für die Unterbringung und Versorgung der Flüchtlinge und Asylsuchenden einen breiten Raum eingenommen. Im Jahr 2016 seien die Finanzen in diesem Bereich für den Landkreis auskömmlich gewesen; für 2017 gehe die Fraktion DIE LINKE davon aus, dass das Land Thüringen zu seinem Wort steht und die Kosten in vollem Umfang getragen werden. Klar und deutlich sei zu sagen, dass sich diese Kosten nicht in der Kreisumlage niederschlagen. Anderes wäre gesetzeswidrig, denn die Kreisumlage darf nicht für Aufgaben des übertragenen Wirkungskreises herangezogen werden. Sicherlich werde der Landkreis als kommunale Gemeinschaft noch viele Aufgaben im Bereich Asyl zu lösen haben, so z. B. bei der Integration. Der Zuwachs von Einwohnern schlage sich in einigen Bereichen bereits positiv nieder. Nicht zuletzt werde sich dieser Zuwachs als ein echter Gewinn für eine bessere Umgangskultur erweisen. Davon sei zumindest die LINKE-Kreistagsfraktion überzeugt.

Er bedankt sich bei der Kämmerei für die Erstellung des Haushaltes mit einer hohen Transparenz trotz der sehr kurzen Zeit. Einen weiteren Dank richtet Herr Plötner an das Landratsamt für die Umsetzung des Haushaltes 2016, da keine Kreditermächtigung benötigt wurde, obwohl dies möglich gewesen wäre. Der Dank gebühre aber auch allen Fraktionen des Kreistages, da der vorliegende Haushalt ein Kompromiss ist, der heute hoffentlich von einer überzeugenden Mehrheit des Kreistages getragen wird. Mit dem Haushalt 2017 und dem Finanzplan seien die Weichen für eine weitere gute Entwicklung unseres Landkreises gestellt und es könne selbstbewusst in die Verwaltungs-, Funktional- und Gebietsreform gegangen werden. Daher werde die Fraktion DIE LINKE dem vorliegenden Haushalt und dem Finanzplan zustimmen.

Herr Schwerd äußert eingangs, dass ihn die Ausführungen von Herrn Plötner als auch der Ablauf insgesamt Anlass geben, sich ausführlich dazu zu äußern. Die Genese des HH-Beschlusses habe ihn beschäftigt und er habe dies zum Anlass genommen, zu reflektieren, was bisher geschah. Der Ablauf ausgehend von den ersten eingereichten Unterlagen zum Doppel-HH im Oktober letzten Jahres, die Vertagung des HH-Beschlusses, die „anonyme Verhöhnung“ des HH-Begleitbeschlusses von SPD und CDU seitens der Verwaltung, die nochmalige vorbereitende gemeinsame Finanz- und Kreisausschusssitzung und das von Herrn Reimann benannte „Shoot-out-Verfahren“ im Kreistag am 7. Dezember hätte ihn nachdenklich gestimmt. Ein Kompromiss schien auf Seiten der Verwaltung unverhandelbar. 400 TEuro Absenkung der Kreisumlage im „Mondschein-HH-Jahr“ 2018 seien zum Prüfschein über Wohl und Wehe politischer Arbeit erklärt worden. Gerade die damit verbundene Fundamentalkritik an der Arbeit der SPD-Fraktion, die immer in Zusammenarbeit mit der CDU konstruktive Lösungsansätze für eine ausgewogene HH-Gestaltung sowohl im Doppel-HH-Verfahren als auch jetzt beim Einzel-HH vorgebracht habe und stets um bestmögliche Leistungen und Lösungen gerungen hat, habe Herrn Schwerd betroffen gemacht.

Die Ankündigung der Landrätin im KT am 07.12.2016, dass das im Doppel-HH dargestellte „Geschenk“ der sinkenden Kreisumlage für 2017 im Einzel-HH 2017 nicht einzuhalten sei, und damit faktisch eine Bestrafung für die Ablehnung des Doppel-HH angekündigt wurde, habe er in zweierlei Hinsicht als bedenklich empfunden. Zum einen habe der Landrätin eine demokratische Legitimation gefehlt, zum anderen habe sich die Frage

aufgedrängt, wie ernst es mit der Ankündigung zu nehmen war, dass die Kreisumlage 2017 sinken soll. Herr Schwerd äußert, er habe damals den Informationsvorsprung bezüglich der Jahresrechnung vermutet, die defizitär sein könnte. Die Landrätin hingegen habe von nicht übertragbaren HH-Ansätzen des Doppel-HH in den Einzel-HH gesprochen sowie einer erneuten notwendigen Abfrage der benötigten finanziellen Ressourcen bei den Fachdiensten. Verstanden habe er damals die Aussage nicht. Mit Vorlage des Einzel-HH für 2017 habe die Landrätin ihre Ankündigung wahrgemacht. Herr Schwerd bemüht eine Metapher: Es komme ihm vor, wie das Abstrafen unliebsamer Schüler durch die Lehrerin, die von ihrem Klassenkörper trotz erheblichen Nachsitzens und Zusatzarbeiten nunmehr eine noch größere Leistung in der Schularbeit abverlangt, um ihr selbst gesetztes Klassenziel zu erreichen.

Das Königsrecht des Kreistages sei der HH-Beschluss. An keiner anderen Stelle könne man als ehrenamtlich tätiger Politiker gestaltend Einfluss nehmen. Die SPD-Fraktion verkenne nicht, dass der Gestaltungsspielraum trotz Aufwüchsen der Kreisumlage immer geringer wird. Gleichwohl sei es auch ein „Klassenziel“ des Kreistages, einen HH abliefern zu können, weil eben die Handlungsfähigkeit der Verwaltung hiervon abhängt.

Herr Schwerd äußert, dass er glaube, dass heute der HH 2017 nun doch beschlossen und damit das „Klassenziel“ erreicht wird. Man müsse aber einigermaßen „schizophren“ sein, um das „Geschenk“ der zumindest ihn Aussicht gestellten sinkenden Kreisumlage im Doppel-HH 2017 und nunmehr den Aufwuchs der Kreisumlage im Einzel-HH in Höhe von 666.171 Euro als positiv bewerten zu können.

Dies sei keinesfalls der Fall, sondern es ergeben sich sachliche Gründe mit dem Aufwuchs leben zu müssen. Diese Gründe möchte die SPD-Fraktion herausstellen, da sich auch die Gesetzeslage nach dem 15.12.2016 – konkret das Bundesteilhabegesetz und das Unterhaltsvorschussgesetz – änderte und deshalb mehr Leistungen für den Landkreis einzustellen waren. Diese Mehrleistungen hätten aber im Falle eines Doppel-HH dazu geführt, dass ein Nachtrags-HH 2017 erforderlich gewesen wäre. Insoweit werde heute mehrheitlich die SPD-Fraktion dem HH-Entwurf zustimmen. Diese Zustimmung sei auch von einem veränderten Umgang der von mir als Lehrer bezeichneten Kreisverwaltung mit seinen Schülern geschuldet. Es habe zwischenzeitlich einen Lernprozess gegeben, der zu einer verbesserten Kommunikation und dem Zurückholen von verlorengegangenen Vertrauen führte. Herr Schwerd bedankt im Namen der SPD-Fraktion bei der Verwaltung, insbesondere dem Kämmerer, aber auch beim 1. Beigeordneten sowie der Landrätin; ebenso bei allen anderen Politikern, die an ihrer Stelle im System arbeitend an der Umsetzung des HH 2017 mitgewirkt haben.

Die gemeinsame dreistündige Finanz- und Kreisausschusssitzung am 27. Februar habe dann den Durchbruch gebracht. Die wechselseitig gewährte Nachhilfe, eine Verbesserung der Kommunikation und die Transparenz der vorgelegten Unterlagen hätten dazu geführt, dass am 9. März im Finanzausschuss ein Kompromiss gefunden werden konnte, der heute Grundlage der HH-Satzung ist. Im Ergebnis hätten sich die „aufsässigen Schüler“ nicht voll durchsetzen können und auch der „strenge Lehrer“ konnte mit seinem Dogma nicht erziehen. Von diesem HH könne auch niemand sagen, ob nicht doch noch ein Nachtrags-HH im Laufe des Jahres 2017 erforderlich wird. Herr Schwerd fordert die Landrätin auf, aktiv alle Einnahmemöglichkeiten des Landkreises außerhalb der Kreisumlage zu aktivieren und notfalls auch Klagen gegen das Land zu führen, um die berechtigten Forderungen des Landkreises hereinzuholen.

Er verweist auf die Tatsache, dass den Landkreisen volle Kostenerstattung aus der übertragenen Aufgabe im Asylbereich zugesagt wurde. Dazu gehöre auch das Erledigen der eigenen Hausaufgaben und das zeitnahe Abrechnen aller berechtigten Forderungen gegenüber dem Land. Er möchte sich als Politiker vor Ort nicht dem Vorwurf ausgesetzt sehen, dass Kommunalpolitiker im Ehrenamt lediglich die Kreisumlageerhöhung beschließen und nicht sparsam und wirtschaftlich mit den anvertrauten Ressourcen umge-

hen. Insoweit begrüße die SPD-Fraktion die nach der obergerichtlichen Entscheidung durchzuführende Anhörung der Mitgliedsgemeinden bezüglich der Leistungsfähigkeit, weil sie zu mehr Transparenz und zu einem besseren Miteinander führt. Herr Schwerd bemüht zum Abschluss nochmals das Bild der „Klassenziele“ und hofft, dass es beim nächsten „Versetzungsakt“ – nämlich dem HH 2018 – gelingt, durch die vorgenannte bessere Transparenz, Kommunikation und ohne unnötiges Nachsitzen einen HH für das Jahr 2018 zu beschließen, der nicht länger als ein halbes Jahr vorberaten werden muss und der den Landkreis bereits zum Jahresende in die Lage versetzt, ins neue HH-Jahr 2018 mit einem beschlossenen HH zu starten. An der SPD-Fraktion soll es – wie immer – nicht liegen.

Herr Schleicher führt aus, dass die Fraktion Die Regionalen nicht einheitlich abstimmen wird. Die Fraktion sei nicht gegen den Haushalt, sondern froh, wenn dieser heute beschlossen wird. Seiner Meinung nach sei der ganze Vorgang „schlecht gelaufen“. Es könne ein Doppel-HH oder auch ein Einzel-HH gemacht werden. Dies sei egal. Es sei aber schlecht, wenn die Verwaltung einen Auftrag bekommt, einen Zwei-Jahres-HH zu erarbeiten und dann aber in der letzten Minute gesagt wird „Nein, gefällt mir nicht, fangt nochmals von vorn an und macht einen Einzel-HH“. An Herrn Schwerd gewandt äußert er, dass er bezüglich des sparsamen Umgangs mit Ressourcen auch bedenken müsse, dass die „Men-Power“ im Landratsamt auch so eine Ressource sei.

Herr Wolf ergreift das Wort und äußert, dass er zur Versachlichung bei der Problematik Kreisumlage beitragen möchte. Gemeinsam müsse dafür gesorgt werden, dass zwischen Landkreis und Kommunen eine Gleichlage existiert. Er habe aber den Eindruck, dass der Kreis nur an seine Belange denkt und die Kommunen vergessen werden. Insofern sei er froh, dass ein Konsens erreicht wurde. Er sei stolz, dass es gelungen ist, dass die Kreisumlage gegenüber dem ursprünglichen Ansatz des Einzel-HH ca. halbiert werden konnte. Bezüglich der Debatte um den Doppel-HH bemerkt er, dass es einfach sei, in der Zeitachse immer nur so weit zu schauen, wie es passt und dann werde Ende 2017 aufgehört und das Jahr 2018 ausgeblendet. Dabei werde vergessen, dass es im Jahr 2018 eine exorbitante Steigerung der Kreisumlage gegeben hätte.

Bezüglich des Bleicheroder Urteils führt Herr Wolf aus, dass die Klage dazu geführt habe, dass die Anhörungspflicht verändert wird. Er äußert Verständnis dafür, dass die Zeit extrem kurz war und dass seitens der kommunalen Familie nichts bewertet werden konnte, weil auch nicht genügend Unterlagen vorgelegt wurden. Er bittet daher zur Kenntnis zu nehmen, dass die überwiegende Zahl der Kommunen geantwortet und eine positive Zuarbeit gebracht hat. Eine positive Zuarbeit nicht, weil es den Kommunen so gut geht, sondern weil die Kommunen konstruktiv sind und versuchen, zu einem Kompromiss zu finden.

Herr Wolf zitiert Passagen aus der Begründung zum Gerichtsurteil, u. a.: „Bei der Bestimmung des eigenen umlagefähigen Finanzbedarfes hat der Kreis zu beachten, dass sein eigener Finanzbedarf und der Finanzbedarf der kreisangehörigen Gemeinden gleichrangig ist.“ Er habe manchmal den Eindruck, dass vergessen wird, dass auch die Kommunen einen Finanzbedarf haben und dass das der Grund ist, warum gekämpft wird, weil nämlich der Bevölkerung erklärt werden müsse, warum bestimmte Dinge in der Kommune nicht mehr gemacht werden können.

Herr Wolf nennt einige Zahlen für die Stadt Altenburg und vergleicht dabei die Jahre 2008 und 2017: Schlüsselzuweisungen, Kreisumlage, Gemeindeanteil an der Einkommenssteuer und an der Umsatzsteuer sowie Gewerbesteuer.

Jedem müsste auch klar sein, dass in diesen 10 Jahren jede Menge Tarifaufwüchse gekommen sind und es jede Menge Inflationszuwächse gegeben hat.

Er führt auf, dass es bei den Schlüsselzuweisungen innerhalb des 10-Jahres-Zeitraumes eine Reduzierung von ca. 5 Mill. Euro gegeben habe. Im gleichen Zeitraum habe sich die Kreisumlage um 3 Mill. Euro erhöht, d. h. insgesamt 8 Mill. Euro weniger. Die Gewerbesteuer sei im selben Zeitraum lediglich um 700 TEuro gestiegen.

Die Zahlen genannten Zahlen verdeutlichen, dass die gesamte Verteilung der Gewerbesteuer in der Bundesrepublik Deutschland ein Skandal ist. Die Gewerbesteuer gehe in die alten Bundesländer, wo die Firmensitze sind und niemand habe das Rückgrat, das zu ändern.

Einzig beim Gemeindeanteil bei der Einkommenssteuer gebe es eine Steigerung. Unter Strich bedeute dies, dass der Stadt Altenburg 3 Mill. Euro mehr zur Verfügung stehen. Er kritisiert, dass alle „über einen Kamm“ geschoren werden. Dies sei das nächste Problem im System, was falsch ist. Es werde keine Rücksicht darauf genommen, wie hoch die Leistungsfähigkeit der Kommune ist.

Im Fazit bedeute dies, dass bei einem Defizit von 8 Mill. Euro (Schlüsselzuweisungen und Kreisumlage) abzüglich der 3 Mill. Euro Zuwachs für die Stadt Altenburg letztendlich ein Defizit von ca. 5 Mill. bleibt, das kompensiert werden müsse. „Wir sparen uns tot“, so Herr Wolf.

Dieser Problematik müsse sich gemeinsam gestellt werden. Es dürfe nicht so getan werden, als ob Kreisräte die „Bösen“ seien. Herr Wolf: „Wenn es nicht gelingt, die kommunale Finanzausstattung zu verbessern, dann wird dieses System irgendwann einmal nicht mehr funktionieren, weil wir nicht mehr in der Lage sind, das auszugleichen.“

Er äußert, dass er dem Haushalt zustimmen wird, weil er weiß, dass der Landkreis handeln muss, aber er erwarte auch Verständnis für die Lage der Kommunen.

Herr Tempel gibt einen Hinweis zu den Ausführungen von Herrn Wolf: Die Fraktion DIE LINKE habe im Bund einen Antrag zur Reform der Kommunalfinanzen eingebracht, der auch die Gewerbesteuern beinhaltet hat. SPD-Fraktion als Regierungsmitglied habe das mit abgelehnt. Auch im Land Thüringen habe die SPD das Finanzressort inne. Es sei einfach lächerlich, das hier im Kreistag zur Sprache zu bringen. Er ergänzt, dass lt. Aussage des haushaltpolitischen Sprechers der SPD-Fraktion im Bund in den letzten Jahren die Kommunen dermaßen entlastet worden sind, dass eine Schieflage zuungunsten des Bundes entsteht und langsam wieder gegengesteuert werden müsse.

Herr Scholz meldet sich zu Wort und kommt auf das Bleicheroder Urteil zu sprechen. Er betont, dass sich die Kommunen noch intensiver mit dem Urteil beschäftigt hätten, wenn mehr Zeit zur Verfügung gestanden hätte. Die Zahlen, die Herr Wolf vorgetragen hat, sollten an die Öffentlichkeit gebracht werden. Von 2008 bis heute hätte sich die Kreisumlage um ca. 35 % auf einen Umlagesatz von ca. 42,8 % erhöht. Wenn dann die Minder-Schlüsselzuweisungen und die Kreisumlageerhöhungen gegengerechnet werden, wisse man erst einmal, was die Kommunen ständig aufbringen müssen. Dazu komme, dass die Kommunen eigentlich nicht in die Konsolidierung gehen wollen. Aus diesem Grund werde gespart und es werde versucht, den HH so hinzubekommen. Dies bedeute, dass viele Fördermittel vernachlässigt werden müssen und die Maßnahmen nicht umgesetzt werden können, weil die Eigenmittel nicht aufgebracht werden. Die Aussage von Herrn Plötner „Es klagt ja keiner dagegen“ sei eine „Frechheit“. Er habe die gleiche Meinung wie Herr Wolf. Er ergänzt, dass die Kommunen sich sehr viel Mühe geben, diesen Landkreis voranzubringen, aber an die Kommunen müsse auch gedacht werden.

Weitere Wortmeldungen gibt es nicht.

Der Vorsitzende fasst zusammen, dass allen Mitgliedern des Kreistages ein HH-Plan-Entwurf vorliegt. Zur heutigen Sitzung wurden allen KTM Unterlagen in die Mappen gelegt:

- Veränderungsliste nach HH-Stellen
- HH-Satzung, in die die Änderungen bereits eingearbeitet worden sind
- Vorbericht

Der Vorsitzende fragt, ob eine separate Abstimmung über die Änderungen gewünscht wird. Das ist nicht der Fall.

Die Beschlussempfehlung der Ausschüsse lautet wie folgt:

JHA: Herr Tanzmann teilt mit, dass der Ausschuss am 02.03.2017 getagt hat, d. h. vor den Veränderungen, die später noch eingearbeitet worden sind. Dem JHA lagen nicht alle Unterlagen vor. Ein Votum wurde daher nicht abgegeben.

SKSpA: Herr Zippel führt aus, dass der Ausschuss am 06.03.2017 getagt hat und über die Änderungen demzufolge nicht beraten konnte.

Mit 3 Ja-Stimmen bei einer Nein-Stimme und 5 Enthaltungen hat der Ausschuss die Vorlage (Stand 06.03.2017) zur Beschlussfassung empfohlen.

WUBA: Frau Klaubert informiert, dass auch der WUBA vor den Änderungen am 07.03.2017 getagt habe. Ein Votum wurde nicht abgegeben.

SGA: Herr Prehl äußert, dass die Änderungen bereits mit beraten werden konnten. Durch den Ausschuss wird die Vorlage mit großer Mehrheit zur Annahme empfohlen.

FA: Herr Nündel informiert, dass es mit den eingearbeiteten Änderungen eine mehrheitliche Zustimmung bei einer Enthaltung gegeben habe.

KA: Der Kreisausschuss habe mit 5 Ja-Stimmen bei einer Enthaltung die Vorlage empfohlen, so die Landrätin.

Der Vorsitzende ruft zur Abstimmung auf. Der Kreistag fasst folgenden Beschluss:

#### **Beschluss Nr. 199:**

Der Kreistag beschließt die Haushaltssatzung des Landkreises Altenburger Land für das Haushaltsjahr 2017 gemäß Anlage.

#### **Abstimmungsergebnis:**

Von den 47 beschließenden Mitgliedern des Kreistages waren zur Abstimmung 40 Mitglieder anwesend.

Der Beschluss wurde mit 36 Ja-Stimmen bei 4 Enthaltungen gefasst.

**KT-DS/0210/2017**

#### **TOP 5 Finanzplan des Landkreises Altenburger Land für die Haushaltsjahre 2016 bis 2020**

Herr Gumprecht informiert, dass auch der Finanzplan in den Ausschüssen diskutiert wurde. Die Empfehlungen des Finanzausschusses wurden eingearbeitet und liegen heute vor.

Fragen zur Vorlage werden keine gestellt.

Herr Tanzmann informiert, dass der Jugendhilfeausschuss nicht über den Finanzplan abgestimmt hat.

Herr Zippel gibt bekannt, dass der Ausschuss für Schule, Kultur und Sport die Vorlage mit 3 Ja-Stimmen bei 6 Enthaltungen dem Kreistag zur Beschlussfassung empfohlen hat.

Frau Klaubert äußert, dass der Ausschuss für Wirtschaft, Umwelt und Bau ebenfalls kein Votum zur Vorlage abgegeben hat.

Herr Prehl teilt mit, dass die Vorlage durch den SGA zur Annahme empfohlen wird.

Herr Nündel informiert, dass der Finanzausschuss die Vorlage einstimmig zur Annahme empfohlen hat.

Frau Sojka gibt bekannt, dass der Kreisausschuss die Vorlage mit 5 Ja-Stimmen bei einer Enthaltung dem Kreistag zur Beschlussfassung empfohlen hat.

Der Kreistag fasst folgenden Beschluss.

**Beschluss Nr. 200:**

Der Kreistag des Landkreises Altenburger Land beschließt den Finanzplan für die Haushaltsjahre 2016 bis 2020 gemäß Anlage.

**Abstimmungsergebnis:**

Von den 47 beschließenden Mitgliedern des Kreistages waren zur Abstimmung 40 Mitglieder anwesend.

Der Beschluss wurde mit 33 Ja-Stimmen bei 7 Enthaltungen gefasst.

**KT-DS/0208/2017**

**TOP 6 Übertragung der Entscheidungskompetenz für die Vergabe des Loses Rohbau/Maurerarbeiten/Betonarbeiten Erweiterungsbau am Staatlichen Roman-Herzog-Gymnasium in Schmölln**

Frau Sojka führt aus, dass in den Ausschüssen bereits berichtet wurde, dass durch die Vorziehung des Kreistages von April auf März die Zeitpläne der Ausschreibungen durcheinander geraten sind. Diese Kompetenzermächtigung ermögliche es, darauf zu verzichten, extra einen zusätzlichen Kreistag machen zu müssen. Die Übertragung sei ausführlich beraten worden.

Frau Klaubert informiert, dass der Ausschuss für Wirtschaft, Umwelt und Bau die Annahme der Vorlage einstimmig empfiehlt.

Herr Nündel teilt mit, dass auch der Finanzausschuss die Vorlage einstimmig zur Beschlussfassung empfiehlt.

Der Kreistag fasst folgenden Beschluss.

**Beschluss Nr. 201:**

Der Kreistag beschließt die Übertragung der Entscheidungskompetenz für die Vergabe des Loses Rohbau/Maurerarbeiten/Betonarbeiten Erweiterungsbau am Staatlichen Roman-Herzog-Gymnasium in Schmölln auf den Ausschuss für Wirtschaft, Umwelt und Bau. Der Finanzausschuss wird vor der Vergabeentscheidung am 31. Mai 2017 beratend hinzugezogen.

**Abstimmungsergebnis:**

Von den 47 beschließenden Mitgliedern des Kreistages waren zur Abstimmung 40 Mitglieder anwesend.

Der Beschluss wurde einstimmig gefasst.

**KT-DS/0211/2017**

**TOP 7 Übertragung der Entscheidungskompetenz für die Vergabe der Gemeinschaftsmaßnahme zur Erneuerung der Kreisstraße K 86 in der Ortsdurchfahrt Rositz von Ortseingang aus Richtung Zechau bis Bahnübergang DB AG**

Fragen zur Vorlage gibt es keine.

Frau Klaubert informiert, dass der Ausschuss für Wirtschaft, Umwelt und Bau die Annahme der Vorlage einstimmig empfiehlt.

Herr Nündel teilt mit, dass auch der Finanzausschuss die Vorlage einstimmig zur Beschlussfassung empfiehlt.

Der Kreistag fasst folgenden Beschluss.

**Beschluss Nr. 202:**

Der Kreistag beschließt die Übertragung der Entscheidungskompetenz für die Vergabe des Bauteils BT 2 – Straßenbau - sowie der anteiligen Leistungen aus dem Bauteil BT 1 - Gemeinsame Leistungen - zum Bauvorhaben Gemeinschaftsmaßnahme zur Erneuerung der Kreisstraße K 86 in der Ortsdurchfahrt Rositz vom Ortseingang aus Richtung Zechau bis zum Bahnübergang DB AG an den Ausschuss für Wirtschaft, Umwelt und Bau. Der Finanzausschuss wird vor der Vergabeentscheidung am 05. April 2017 beratend hinzugezogen.

**Abstimmungsergebnis:**

Von den 47 beschließenden Mitgliedern des Kreistages waren zur Abstimmung 40 Mitglieder anwesend.

Der Beschluss wurde einstimmig gefasst.

Herr Gumprecht schließt den öffentlichen Teil der Sitzung um 17:55 Uhr.

Altenburg, den 24.05.17

Der Vorsitzende

Die Schriftführerinnen

Christian Gumprecht  
Vorsitzender des Kreistages

Kerstin Gabler  
Büro des Kreistages

Katleen Kamprad